



HESSISCHER LANDTAG

02. 11. 2010

*Dem
Innenausschuss und
dem Haushaltsausschuss
überwiesen*

Berichts Antrag der Abg. Decker, Faeser, Frankenberger, Franz, Gremmels, Hofmeyer, Rudolph (SPD) und Fraktion betreffend Leerstand des Polizeireviers Kassel-Ost

Obwohl das neue als Polizeirevier Kassel-Ost vorgesehene Gebäude in der Leipziger Straße noch nicht fertig gestellt und damit auch für die Polizei noch nicht nutzbar ist, zahlt das Land Hessen seit Februar 2009 die monatliche Kaltmiete in Höhe von 12.750 € an den Gebäudeeigentümer. Insgesamt seien laut öffentlicher Berichterstattung bislang insgesamt rd. 240.000 € für Räumlichkeiten gezahlt worden, die das Land gar nicht nutzte.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss und im Haushaltsausschuss zu folgendem Gegenstand zu berichten:

1. Aus welchen Gründen gingen die Vertreter des Hessischen Immobilienmanagements (HI) bereits im Februar 2009 davon aus, dass ein Bezug der Räumlichkeiten in der Leipziger Str. durch die Polizei im Sommer 2009 kaum möglich sein würde?
2. Warum wurde trotz der für das HI bereits frühzeitig absehbaren Verzögerungen bereits zum 01.02.2009 mit dem Gebäudeeigentümer ein Mietvertrag abgeschlossen, der das Land zur Zahlung eines monatlichen Mietzinses in Höhe von 12.750 € verpflichtete?
3. Welche Umbaumaßnahmen waren nach Auffassung des HI zum Zeitpunkt des Abschlusses des Mietvertrages im Februar 2009 erforderlich, damit die Liegenschaft in der Leipziger Straße von der Polizei genutzt werden konnte?
4. Welche erforderlichen Umbaumaßnahmen wurden im Rahmen des im Februar 2009 abgeschlossenen Mietvertrags mit dem Grund- und Hauseigentümer vereinbart?
5. Wann wurde erstmals festgestellt, dass
 - a) die Errichtung eines Funkmastes;
 - b) eine geeignete Umfriedung;
 - c) die Erstellung von 14 Garagenfür die Nutzung der Liegenschaft als Polizeirevier notwendig war?
6. Wie hoch war das ursprünglich im Februar 2009 veranschlagte Finanzvolumen für die zum Zeitpunkt des Abschlusses des Mietvertrages vorgesehenen Umbaumaßnahmen?
7. In welchem Umfang erhöhten sich die Kosten der Umbaumaßnahmen aufgrund der zu Frage 5 dargestellten zusätzlich erforderlichen Einzelmaßnahmen?
Bitte unter Darstellung der Einzelkosten der zu Frage 5 a bis c genannten Positionen.
8. Welche zusätzlichen zum Zeitpunkt des Abschlusses des Mietvertrages noch nicht bekannten und über die Aufzählung in Frage 5 hinausgehenden Umbaumaßnahmen wurden seit Februar 2009 erforderlich und in welchem Umfang führten diese zu einer Kostensteigerung bei den Umbauarbeiten?

9. In welchem Umfang und aufgrund welcher nach Abschluss des Mietvertrages festgestellten zusätzlichen Umbaumaßnahmen kam es zu einer Erhöhung der ursprünglich vereinbarten Kaltmiete?
10. Ab welchem Zeitpunkt wurden die einzelnen zu Frage 9 dargestellten zusätzlichen Mietkosten jeweils vom Land an den Vermieter gezahlt?
11. Wann ist mit dem Bezug der Immobilie und einer vollständigen Nutzung durch die Polizei zu rechnen?
12. Warum wurde mit dem Vermieter der Liegenschaft in der Leipziger Straße keine Schutzklauseln für den Fall einer verzögerten Fertigstellung vereinbart, die das Land Hessen vor unnötigen Zahlungsverpflichtungen bewahrt hätten?
13. Welche zusätzlichen Kosten sind dem Land Hessen aufgrund der Verzögerungen im Rahmen der weiteren Nutzung die beiden Polizeidienststellen in der Nürnberger Straße (Waldau) und der Erfurter Straße (Bettenhausen) entstanden?
14. Welche zusätzlichen Kosten sind dem Land über die monatliche Kaltmiete und die bereits angesprochenen Kosten hinaus entstanden (z.B. durch besondere Sicherungsmaßnahmen u.a.)? Darstellung bitte unter Angabe der zusätzliche Kosten verursachenden Positionen und der Höhe der Einzelkosten.

Wiesbaden, 2. November 2010

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Decker
Faeser
Frankenberger
Franz
Gremmels
Hofmeyer
Rudolph